

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 29

Köln, den 18. Juli 1930

31. Jahrg.

## Erhöhte Bereitschaft.

Ein Blick in die Tageszeitungen belehrt auch den naivsten Menschen darüber, daß in unserem lieben Vaterlande die öffentliche Meinung bis zum Siedepunkt erhitzt ist. Es ist erklärlich, daß Notzeiten, wie wir sie als Volk erleben, manche Erscheinungen zeitigen, die bei normaler ruhiger Entwicklung nie oder doch nicht in dieser Weise bemerkbar werden. Auf der Suche nach Mitteln, die Not zu beseitigen, sehen wir Kräfte am Werk, die nicht alle von lauterer Absicht bewegt sind, sondern die Not zu ihren Gunsten auszunutzen sich befechtigen. Alle Berufsstände bemühen sich, der Öffentlichkeit darzutun, daß gerade sie am härtesten betroffen sind von Schwierigkeiten und die Notlage zum Untergang dieses oder jenes Berufsstandes führen müsse. Hilfe soll durch die Regierung kommen, die entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen durchzuführen habe, denn der Bestand der oder der Erwerbsgruppen sei von wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten eine unabwendbare Notwendigkeit. Die Regierung hat für einzelne Gruppen umfangreiche Hilfsmaßnahmen in die Wege geleitet. Sie hat Mittel bereitgestellt oder aber Erleichterungen eingeräumt, die eine Gesundung und Sanierung der Verhältnisse herbeiführen sollen. Die Wirkung dieser Maßnahmen bleibt abzuwarten.

Einschneidender für den größten Teil des Volkes, für die minderbemittelten Schichten, sind die Pläne, die zurzeit Gegenstand einer temperamentvollen Diskussion sind. Da die Opferbereitschaft weitester bürgerlicher Kreise nicht weit her ist, hat man zu Reformvorschlägen seine Zuflucht genommen, die in ihren Auswirkungen zu härten für die Arbeiterschaft zu werden drohen. Im Zusammenhang mit der Sanierung der Reichsfinanzen spielen Reformen eine große Rolle, die sich auf für die Arbeiterschaft lebenswichtige Gebiete erstrecken sollen. Die Reform der Sozialversicherung steht da in erster Linie. Man kann Verständnis haben für die schwierige Lage der Regierung und doch der Meinung sein, daß diese Reformabsichten stark beeinflusst sind von Rücksichten auf Parteien oder Wirtschaftsgruppen. Die Absichten gewisser Kreise werden in der Tagespresse dem Volke täglich als öffentliche Meinung serviert. Oft dringen diese Reformvorschläge nicht bis zum Kern des Problems vor, sondern begnügen sich damit, Leistungen und Rechtsansprüche der Arbeiter zu beschneiden und bleiben darum halbe Maßnahmen, die die Arbeiterschaft aufbegehren lassen und zu Verbitterung gegenüber dem Staat, dem Parlament und der Regierung führen. Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung soll neben bereits durchgeführten einschränkenden Maßnahmen durch weitere, den Unterstützungsanspruch erschwerende Bestimmungen und eine erhebliche Kürzung der Unterstützungssätze für die oberen Lohnklassen herbeigeführt werden. Für die Krankenversicherung liegt ein Reformplan vor, der neben nützlichen Vorschlägen ebenfalls die Inanspruchnahme für weite Kreise der Versicherten erschwert oder teilweise unmöglich macht. Wie man aber dem Kernproblem der Krankenversicherung — der Arztfrage — zu Leibe rücken will, das ist in den Reformvorschlägen doch nur problematisch angedeutet und wird in der angedeuteten Richtung kaum Erfolge zeitigen. Reformen auf anderen Gebieten der Sozialversicherung werden erwogen, Reformen, die ebenfalls dazu führen sollen, die Wirtschaft und das Reich zu entlasten. Die Wirtschaft aber erblickt in solchen Reformen nur einen kleinsten Teil der von ihr gehegten und verfolgten Pläne.

Lohnabbau ist die Parole, von der alles Heil erwartet wird. Lohn-

abbau soll den Wirtschaftskarren, der nicht nur durch „soziale Lasten“, sondern ebenso sehr und noch viel mehr doch durch mangelhafte Überlegungen, Fehldispositionen und Fehlleitungen des Kapitals seitens der Verantwortlichen in den Dreck geriet, wieder flottmachen. Unsere Meinung zu diesen Absichten brachten wir schon wiederholt zum Ausdruck und die zwischenzeitlich gemachten Beobachtungen bestärken unsere Ansicht, daß die auf einen Lohnabbau gesetzten Hoffnungen nicht zutreffen. Dem Lohnabbau sollen Preisenkungen vorausgehen. Preisenkungen sollen Lohnabbau rechtfertigen und der Reallohn soll nicht angetastet werden. Solange aber Preisenkungen einem Lohnabbau nicht vorausgegangen sind, ist doch eine Minderung der realen Kaufkraft eingetreten. Preisenkungen aber lassen auf sich warten, Preisenkungen insbesondere bei Artikeln für den täglichen Bedarf.

Welche Wirkungen eintreten auf Grund der Lohnabbaumaßnahmen, sehen wir in der Eisenindustrie. Die Tageszeitungen melden Teilausstände im Ruhrgebiet. Wie rigoros der Lohn abgebaut wird, zeigt folgende Meldung:

„Die Kruppsche Arbeiterschaft ist durch die bekanntgewordenen Lohnabzüge in ungeheure Erregung versetzt worden. Hatte sie bisher geglaubt, daß der Lohnabzug für einzelne Arbeitergruppen nur bis 7,5 Prozent vor sich gehen werde, so zeigt sie sich, nachdem am letzten Samstag und am heutigen Montag die Lohnabzüge im einzelnen bekannt wurden, ungeheuerlich enttäuscht. Besonders sind es die Spezialarbeitergruppen, die unter dem Lohnabzug zu leiden haben. Tausende von Arbeitern erfahren nach den bisherigen Ankündigungen der Firma Krupp Lohnabzüge von 15 bis 30 Pfennig in der Stunde, so daß dadurch Verdienstausfälle von 40 bis 60 Mark pro Monat entstehen. Nur ein ganz geringer Teil der Akkordarbeiter wird von dem Verdienstausfall nicht betroffen, weil ihr Verdienst schon unter Tariflohn stand.“

Das illustriert besser wie lange Ausführungen, welchem Ziele die Unternehmer zustreben. Die Kündigung der Lohnsätze im Holzgewerbe zielt ebenfalls darauf ab, die Löhne herunterzusetzen. Die Unternehmer können scheinbar den Ablauf der Tarife kaum erwarten. Trotzdem deren Laufzeit noch nicht beendet ist, wird hier und da versucht, die Belegschaften zu Zugeständnissen zu zwingen. Man setzt sich unter Zuhilfenahme der Stilllegungsverordnung, die als Drohmittel in der Hand rabiaten Unternehmer zu wirtschaftlichem Druck mißbraucht wird, über bestehende Verträge hinweg und stellt der Arbeiterschaft die Alternative: Vogel friß — oder stirb!

Dabei hat sich die Arbeiterschaft eine Herabsetzung der Leistungslöhne schon in großem Ausmaße gefallen lassen müssen. Eine weitere Kürzung derselben wird ganz bestimmt keinen Leistungsantrieb herbeiführen und die Leistungsfreudigkeit erheblich beeinflussen. Die Leistungsmöglichkeit ist infolge Arbeitsteilung und Rationalisierung so gut wie ausgeschöpft. Die Arbeitsintensität, die heute auf den Werkstellen herrscht, ist übersteigert und nimmt keine menschlichen Rücksichten. Höchstleistungen gelten höchstens als Durchschnitt. Durchschnittliche Handwerksfertigkeit reicht nicht mehr aus für die Anforderungen, die in der Serienfabrikation an die Arbeiter gestellt werden. Das Verlangen der Unternehmer nach Lohnabbau, das sich der Sympathien des ganzen Spießertums erfreut, ist letzten Endes Ausdruck der Minderbewertung körperlicher Arbeit.

Verbriefte Rechte werden bei anderen Berufsständen viel respekt-

voller behandelt. Ein Musterbeispiel dafür ist die Art und Weise, wie das Problem Beamtenbesoldung in der öffentlichen Diskussion behandelt wird. Als der Gedanke eines Notopfers — die Regierung sagt jetzt Reichshilfe — aufkam, protestierten die Beamtenorganisationen mit mehr Spektakel als Geschick und pochten auf ihre verbrieften Rechte. Weitesten Kreise der Bevölkerung haben sich längst zu der Ansicht, daß die Beamtenbesoldungsreform von 1927 eine verfehlte Maßnahme war, bekannt, ein Standpunkt, der von uns schon damals ausgesprochen wurde. Aber bisher haben weder Unternehmer, Mittelstand oder Landwirte ganz offen eine Revision der Besoldungsordnung verlangt. Die Reichshilfe ist nur ein bescheidener Ersatz dafür und wird trotzdem von der Beamenschaft bekämpft, als ob es um Leben und Existenz des Standes ginge. Sogar die vaterländische Gesinnung soll leiden, wenn die Reichshilfe, das Notopfer der Festbesoldeten, Tatsache werden sollte.

Man muß gestehen, daß es der Arbeiterschaft und ihren Organisationen noch schlecht gelungen ist, sich Freundschaften in anderen Kreisen zu verpflichten, wie solche Beamte, freie Berufe, Mittelstand, Handwerk und Landwirtschaft doch in großem Maße besitzen. Wir sehen, wie die übrigen Stände einträchtig in dem Kampf, der unsere Stellung bedroht, zusammenwirken und wenig von Rücksichtnahme und Verständnis für unsere Sorgen und Notlage erkennen lassen. Das organisierte Unternehmertum war nie ein Freund der Arbeiterschaft und gab sich nie Mühe, es zu werden. Trotz aller Beteuerungen führender Persönlichkeiten aus dem Unternehmerlager, die bei besonderen Anlässen wohl Berechtigung und Notwendigkeit der Gewerkschaften anerkannten. Diese Anerkennung aber hat eine Sinneswandlung der Unternehmer nicht herbeiführen können. Im Gegenteil. Diese haben in der Vorkriegszeit sowohl wie auch nach dem Kriege, abgesehen von wenigen Jahren, die dem Kriegschluß folgten, aus ihrer Abneigung gegen die Organisationen der Arbeiter keinen Hehl gemacht. Nicht nur das. Offen und insgeheim haben sie planmäßig gegen die Gewerkschaften gekämpft. Und sie ließen sich das etwas kosten. Der Einsatz akademisch gebildeter Kräfte, die zu diesem Zweck beschäftigt werden, ist nicht billig. Die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch eine besondere Presse, durch Broschüren, Denkschriften usw. sind ein Teil des Apparates, den man für den Kampf gegen die Gewerkschaften unterhält. Die Tageszeitungen stellen sich fast restlos in den Dienst dieser Bekämpfung, da sie entweder abhängig sind von interessierten Geldgebern oder aber sich das Inseratengeschäft nicht verderben wollen. Umgekehrt ist es äußerst schwer, daß Arbeiterstimmen in den Spalten solcher

Blätter zu Wort kommen. Auf die Arbeiterschaft Rücksicht nehmen zu müssen, glaubt man nicht notwendig zu haben.

Geld, welches für die Fortführung der Betriebe so oft fehlt, scheint für diesen Kampf gegen die Arbeiter reichlich vorhanden zu sein. Wie anders wäre es denn zu erklären, daß sich die Industrie dazu herbeiläßt, erhebliche Aufwendungen für diesen Kampf zu machen und selbst Gebilde zu gründen, „wirtschaftsfriedliche“ Werkvereine und ähnliche, und diese offen oder versteckt mit Geldmitteln zu unterstützen.

Einen Höhepunkt des Kampfes gegen die Gewerkschaften erleben wir eben jetzt. Nachdem der Kampf jahrelang Kleinkrieg gewesen, holt man aus zum großen Schlag. Wohin wir blicken, ist unsere Stellung angegriffen. Den Tarifvertrag, das Schlichtungswesen, Arbeitsrecht und Sozialversicherung will man beseitigen, um endlich wieder in der Freiheit der Wirtschaft, dem alten liberalen Ideal, dem Herr-im-Haule-Standpunkt, huldigen zu können. Eben jetzt erscheint den geschworenen Feinden unserer Bestrebungen nach Gleichberechtigung und Mitbestimmung der geeignete Zeitpunkt für einen Generalangriff auf der ganzen Linie.

Wir erleben eine derartige Situation nicht zum ersten Male. Darum ist es auch nicht schwer für uns, notwendige Maßnahmen in die Wege zu leiten. Die Situation fordert von uns erhöhte Bereitschaft. Als erstes ist notwendig, alle Mittel in den Dienst verstärkter Werbearbeit zu stellen. Eine erhebliche Steigerung der Mitgliederzahlen wird im jetzigen Augenblick ernüchternd auf die Arbeitgeber wirken. Ein lückenloser Zusammenschluß der Holzarbeiter in unserem Verbands überzeugt auch den wirtschaftlichen Widersacher, daß selbst in dieser Krisenzeit Unternehmerwünsche nicht restlos in Erfüllung gehen, sondern daß er mit dem Verbands als der Interessenervertreter der Holzarbeiter zu rechnen hat. Nur eine starke, geschlossene Organisation ist in der Lage, die Arbeiterinteressen wirksam zu schützen und zu verteidigen.

Es gilt, die Nerven zu behalten. Selbst betrübliche Zukunftsaussichten berechtigen nicht dazu, mutlos zu werden. Das Gegenteil ist der Fall bei jedem echten Gewerkschaftler. Dessen Mut und Zuversicht wächst mit der Größe der Gefahr. Dertrauen zur Führung und Selbstvertrauen sind Tugenden, die zur Überwindung vorhandener Schwierigkeiten unerlässlich sind. Treue zum Verbands in Notzeiten ist die wichtigste Voraussetzung zur Verwirklichung unserer Bestrebungen. Befestigt von solchem Geist werden wir die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwinden und den uns aufgezwungenen Kampf erfolgreich bestehen.

## Reform der Krankenversicherung.

Die Reformabsichten bei der Krankenversicherung sind bis zu einem Gesetzentwurf gediehen. Soweit der Inhalt desselben bekannt geworden ist, wäre vorwegzunehmen, daß der Reichstag die in diesem Entwurf enthaltenen Vorschläge sachlich und eingehend prüfen muß und nicht ohne weiteres diesen Vorschlägen zustimmen darf, wenn nicht eine erhebliche Schädigung der Versicherten eintreten soll. Reformen, die den Mißbrauch öffentlicher Einrichtungen beseitigen und unerfreuliche Erscheinungen eindämmen sollen, mögen hingenommen werden. Notwendige und bewährte Einrichtungen müssen erhalten bleiben. Daran finde auch der Reformwille seine Grenzen.

Vorschläge für die Reform der Krankenversicherung wurden schon unter der Regierung Müller unter der Wirklichkeit des Reichsarbeitsministers Wissell laut. Es ist in der Öffentlichkeit bekannt geworden, daß unter dieser Regierung den interessierten Kreisen, den Gewerkschaften, den Arbeitgeberorganisationen, den Ärztenverbänden, den Verbänden der Sozialversicherungsträger sogenannte Zeitsätze für eine Reform der Krankenversicherung zur Besprechung vorgelegt wurden. Diese Zeitsätze waren allerdings von der kühnen Behauptung begleitet, daß der derzeitige in Amt befindliche Arbeitsminister Wissell sich weder mit diesen Zeitsätzen identifiziere noch überhaupt Kenntnis davon habe. Es erscheint uns unglaublich, daß derartig wichtige Vorarbeiten für eine Reform eines bestimmten Versicherungszweiges ohne Wissen des verantwortlichen Ministers in die Wege geleitet werden und die vorhin bezeichnete Behauptung dürfte ganz allgemein wenig Glaubwürdigkeit für sich beanspruchen. Trotzdem aber wird der jetzt vorliegende Gesetzentwurf von der parlamentarischen Linken und ihrer Presse nicht nur verurteilt, sondern als das ureigenste Produkt der reaktionären Regierung Brüning-

Stegerwald bezeichnet. Bei Eingeweihten steht aber fest, daß die sozialdemokratische Partei, wenn sie sich nicht der Durchführung notwendiger Maßnahmen durch die Flucht in die Opposition entzogen hätte, durch ihre Regierungsmänner dem deutschen Volke einen ähnlichen Gesetzentwurf beschert hätte.

Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände unternahm durch die vor einiger Zeit bekannt gewordene Denkschrift zur Sozialversicherung einen Vorstoß gegen dieselbe und befaßte sich sehr eingehend auch mit der Krankenversicherung. Wenn man die in dieser Denkschrift sowie auch allgemein in der Öffentlichkeit diskutierten Vorwürfe gegen die Krankenversicherung sichtet, lassen sich dieselben am besten nach den drei an der Versicherung interessierten Personengruppen unterscheiden.

### Gegen die Versicherten

wird der Vorwurf erhoben, daß sie sich von rein materiellen Gesichtspunkten leiten lassen und in den meisten Fällen als homo-economicus handeln und versuchen, für die geleisteten Beiträge den größtmöglichen Nutzen für sich selbst herauszuschlagen. Insbesondere wird der Vorwurf der Simulation von Krankheiten erhoben bzw. der Vorwurf der übertriebenen Inanspruchnahme der Kassen für sogenannte Bagatellfälle. Man versucht diesen Vorwurf zu stützen mit dem Hinweis auf die Zahl der bei angeordneten Nachuntersuchungen Gesundheitschriebenen, die nach einer Statistik aus 1926 56,4 v. H. betragen. Unberücksichtigt erscheinen uns bei solchen Statistiken die früh- und vorzeitigen Gesundheitsmeldungen, die meist aus Angst vor dem Verlust der Stellung vorgenommen werden. Auch ist darauf hinzuweisen, daß nicht nur seitens ärztlicher Kreise, sondern auch beamteter Stellen jahrelang eine lebhaft propaganda-

betrieben wurde, die zur Inanspruchnahme des Arztes, auch bei geringfügigen Krankheitsercheinungen wegen der möglichen schlimmen Auswirkung, aufforderten.

#### Gegen die Ärzte

richtet sich der Vorwurf, daß der einzelne Arzt bemüht ist, eine möglichst große Kassenpraxis für sich aufzubauen, um damit seine Existenz sicherzustellen. Dieses Bestreben verleite den Arzt zu einer übertrieben entgegenkommenden Behandlung des Patienten, der auch im Zweifelsfalle eine Bescheinigung seiner Arbeitsunfähigkeit erlange, weil er sonst zu einem anderen Arzt abwandere, der in der Beurteilung solcher Fälle weniger genau sei. Die Rezeptierung von Arzneien erfolge in einem Ausmaße, welches weit über das Bedürfnis hinausginge und verursache infolgedessen den Krankenkassen erhebliche Kosten. Die sogenannten „Dielverschreiber“ zu beiseitigen, sei seitens der Ärzteorganisationen wiederholt versucht, bisher aber ohne durchschlagenden Erfolg geblieben.

#### Gegen die Verwaltungen

macht man geltend, daß sie als große Organisationen leicht dazu neigen, ihr Eigenleben auch in Äußerlichkeiten zu betonen. Darin liege der Grund für einen übertriebenen Verwaltungsaufwand, der sich insbesondere bei der Errichtung von Verwaltungsgebäuden bemerkbar mache, die der schweren Zeit nicht entsprechen. Ihren Ausgangspunkt nahmen insbesondere die letzteren Vorwürfe unter Bezugnahme auf den Neubau der Allgemeinen Ortskrankenkasse Köln, der ja jahrelang als Beweis für diesen Vorwurf herhalten mußte.

Als Gegenmittel sieht der neue Gesetzentwurf eine Beschränkung der freiwilligen Mitgliedschaft vor. Wer bisher aus der Pflichtmitgliedschaft ausstieg, durfte freiwilliges Mitglied bleiben, ohne Rücksicht auf seine Einkommensverhältnisse. Diese Versicherungsberechtigung soll jetzt bei einer Einkommensgrenze von 8400 RM aufhören, weil angenommen wird, daß bei einem derartigen Einkommen ein Versicherungsschutz nicht mehr notwendig ist.

Bedenklich ist, daß der Grundlohn, nach dem sich Beiträge und Leistungen bemessen, und der augenblicklich bis zu 10 RM, evtl. darüber betragen darf, generell auf 9 RM heruntergesetzt werden soll. Dieses bedeutet für weite Kreise eine Herabsetzung des Krankengeldes, für die Krankenkasse aber eine Verminderung der Beiträge, die zweifellos durch eine Beitragserhöhung ausgeglichen werden muß.

Um eine unberechtigte Inanspruchnahme der Ärzte zu verhüten, soll die Abgabe des sogenannten Medizinischeins an eine Gebühr von 1 RM gebunden werden. Außerdem soll der Erkrankte zu jeder ärztlichen Verordnung einen Betrag von 50 Pf. zahlen. Diese Neueinführung ist untragbar. Denken wir an den großen Kreis der schlechtbezahltesten Arbeiter, z. B. der Heimarbeiterinnen oder auch der Landarbeiter, die wenig Barlohn erhalten, aber auch an die Erwerbslosen, dann ist ersichtlich, daß nicht diejenigen, die die Kasse ausnützen wollen, davon betroffen werden, denn diese werden die Nebengebühren gern entrichten, sondern die wirklich Bedürftigen.

In der gleichen Absicht soll die Bestimmung eingeführt werden, daß für die ersten drei Werkstage der Erkrankung das Krankengeld nicht gezahlt werden darf. Man sollte es, wie es augenblicklich der

Fall ist, den Krankenkassen selbst überlassen, je nach der finanziellen Lage zu bestimmen, ob bereits vom ersten Erkrankungsstage an die Geldleistungen zu gewähren sind.

Während bisher die Krankenkassenorgane darüber befinden konnten, ob das Krankengeld nur die Hälfte des Grundlohnes beträgt oder bis zu drei Viertel des Grundlohnes erhöht werden kann, soll jetzt diese Geldleistung auf ein Halb des Grundlohnes beschränkt bleiben. Nur für Familienangehörige kann durch die Setzung des Krankengelds durch prozentuale Zuschläge erhöht werden.

Die Familienversicherung soll obligatorisch eingeführt werden, und zwar steht es im Belieben der Kassen, die Krankenpflege von 13 Wochen auf 26 Wochen auszudehnen. Kranken- und Hausgeld sollen ruhen, wenn, und soweit der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält.

Interesse erwecken die weiteren Bestimmungen über die Regelung des Verhältnisses zwischen Ärzten und Krankenkassen. Für eine sachgemäße Ärzteversorgung haben die gesamten Krankenkassen höchstens 21 000 Ärzte notwendig, während tatsächlich etwa 45 000 Ärzte vorhanden sind, von denen ungefähr 32 000 in der Kassenpraxis stehen. Es sind Maßnahmen vorgesehen, die ärztliche Versorgung der Versicherten sicherzustellen, aber auch eine Überlastung der Krankenkassen durch die Höhe der Honorare zu vermeiden.

Das Selbstverwaltungsrecht der Kassenorgane wird allerdings dadurch gefährdet, daß ein sogenannter Hauptausschuß für Krankenversicherung gebildet werden soll. Demselben sollen Vertreter der Spitzenvereinigungen der wirtschaftlichen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Spitzenverbände der Krankenkassen und der Ärzte angehören. Dieser Hauptausschuß soll Grundsätze aufstellen und Richtlinien entwerfen können für die Durchführung der Krankenversicherung im allgemeinen, aber auch für Wirtschaftlichkeit und Einfachheit, für Beseitigung und Verhütung von Mißbräuchen, für Gesundheitsfürsorge und soziale Hygiene, für die Errichtung und den Betrieb von Verwaltungsgebäuden, Krankenanstalten usw. Verschiedene, auch nicht unwesentliche Bestimmungen sind nicht genannt.

Trotz aller Vorwürfe und Reformabsichten hat man bisher nicht gewagt, der deutschen Krankenversicherung den ihr zukommenden großen Anteil an der Hebung der Volksgesundheit und der Verminderung der Sterblichkeit zu bestreiten. Ihre Verdienste auf diesem Gebiet sind begründet durch die durch sie gewährte gründliche ärztliche Behandlung, wie auch durch die Anwendung moderner Heilverfahren, die sie ihren Mitgliedern erschloß. Nicht unerwähnt bleiben dürfen auch die wichtigen vorbeugenden Maßnahmen bezüglich der Gesundheitspflege, die sie durchführte. Bei der Prüfung der vorliegenden Vorschläge ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Leistungsfähigkeit der deutschen Krankenversicherung unter allen Umständen erhalten bleibt. Die Versicherten erwarten darum von Regierung und Parlament, daß sie nicht einem zur Mode gewordenen Schlagwort: „Reform der Sozialversicherung“ erliegen, sondern daß sie nach Abwägung des Für und Wider durch ihre Beschlüsse beitragen zur Erhaltung und Gesundung dieses wichtigen Zweiges der Sozialversicherung.

## Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik für 1928.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht die vorläufigen Hauptergebnisse der Lohnsteuerstatistik für das Jahr 1928, die gegenüber der ersten Untersuchung von 1926 eine allgemeine Steigerung des Arbeitseinkommens feststellen. Ein Vergleich mit den Ergebnissen von 1926 gibt von der Einkommensentwicklung der Arbeitnehmerschaft ein etwas schiefes Bild, da gerade im Jahre 1926 infolge der wirtschaftlichen Depression die Einkommensverhältnisse der Arbeitnehmer sehr niedrig waren, während im Jahre 1928 noch die Ausläufer der Hochkonjunktur des vorhergehenden Jahres sich in dem Einkommen bemerkbar machten. Aus diesem Grunde muß natürlich die Spanne zwischen den Ergebnissen der beiden Untersuchungen sehr groß sein und den Anschein erwecken, als ob die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeitnehmerschaft außerordentlich günstig ist. Außerdem erschwert die im Jahre 1928 durchgeführte Lohnsteuer-senkung auch den Vergleich mit den früheren Ergebnissen.

Die Zahl der Unbesteuerten ist gegenüber 1926 etwas zurückgegangen, aber immer noch beziehen 42 Prozent der deutschen Ar-

beitnehmerschaft ein Einkommen unter 1200 RM. Das Ansteigen der Zahl der Steuerbefreiten, also derjenigen Steuerpflichtigen, bei denen wegen der Ermäßigungen nach dem Familienstand ein Abzug nicht vorzunehmen war, ist wohl ausschließlich auf die Steuer-senkung zurückzuführen. Der Anteil der Steuerbelasteten, also derjenigen Steuerpflichtigen, bei denen ein Steuerabzug vorgenommen wurde, wird für die Großstädte mit 64,7 Prozent der Zahl der Steuerpflichtigen angegeben, während der Reichsdurchschnitt nur 56,5 Prozent beträgt. In den Großstädten wird also eine größere Zahl der Arbeitnehmer von der Lohnsteuer erfaßt als im Durchschnitt des Reiches. In 23 Großstädten hat aber diese Zahl der Belasteten einen Rückgang erfahren, vor allem in Hamborn, Mühlheim-Ruhr, Dortmund, Münster, Aachen, Duisburg, Bochum und Ludwigshafen. Am stärksten ist ihre Zahl in den Großstädten gestiegen, die als Hauptsitze der Textilindustrie zu gelten haben, also in Plauen, Krefeld, Chemnitz und Barmen. Diese Steigerung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Textilarbeiterinnen mit ihrem

Einkommen zum großen Teil die Freigrenze überschritten haben und nunmehr von der Steuer erfaßt werden.

Die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen, die auf Grund des Familienstandes von der Steuerzahlung befreit sind, ist immer noch außerordentlich gering. Für das Reich beträgt der Anteil der Steuerbefreiten im Durchschnitt 1,74 Prozent, für die Großstädte aber nur 0,88 Prozent der Gesamtzahl der Pflichtigen. Man kann daraus folgern, daß in den Großstädten die Zahl der Geburten bei den Steuerbelasteten so gering ist, daß die Befreiungen nur einen Bruchteil ausmachen. Am höchsten ist der Anteil der Steuerbefreiten in Hindenburg (Oberschlesien) mit 5,1 Prozent, während Ludwigshafen mit nur 0,07 Prozent, Berlin mit 0,35 Prozent, Hamburg mit 0,36 Prozent, Stuttgart mit 0,34 Prozent an der unteren Grenze liegen. In Hindenburg ist also der Familienstand am größten, während in Berlin, Hamburg und Ludwigshafen anscheinend die Geburtenziffern sehr niedrig sind.

Den größten Prozentsatz der Unbesteuerten, die also nicht einmal 1200 RM im Jahr verdienen, weist Plauen mit 49,02 Prozent der Steuerpflichtigen auf. Hier macht sich besonders die große Zahl der weiblichen Beschäftigten bemerkbar, die in der Textilindustrie zu außerordentlich niedrigen Löhnen arbeiten. Dann kommt Hindenburg mit 44,08 Prozent, Breslau mit 42,98 Prozent, Königsberg i. Pr. mit 42,36 Prozent, Bochum mit 42,15 Prozent und Essen mit 41,91 Prozent. In diesen Städten sind mehr Unbesteuerte vorhanden, als der Reichsdurchschnitt ergibt. Am niedrigsten ist die Zahl der Unbesteuerten in Mannheim mit 22,05 Prozent der Steuerpflichtigen. Interessant ist, daß auf das weibliche Geschlecht 51,97 Prozent der Unbesteuerten, also über die Hälfte, entfallen. Der Anteil der Frauen an dem Lohnsteueraufkommen bewegt sich aber in aufsteigender Linie.

Die Einkommensverhältnisse der deutschen Arbeitnehmerschaft haben sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes gegenüber 1926 gebessert. Während die Zahl der Steuerpflichtigen nur um 2,75 Prozent angewachsen ist, stieg das Gesamteinkommen, das nach Abzug der Werbungskosten und Sonderleistungen errechnet wird, von 20,62 Milliarden auf 26,15 Milliarden, also um 26,8 Prozent. Aber diese Bewegung ist durchaus nicht einheitlich. In den Großstädten war die Steigerung weniger stark. Natürlich ist auch das Durchschnittseinkommen der Steuerbelasteten entsprechend gestiegen, im Reich von 1651 auf 1939 RM und im Großstadtdurchschnitt von 1818 auf 2124 RM. Die Städte der großen Einkommensgegensätze sind M.Glabbad und Plauen. Hier steht einer breiten Schicht mit geringem Einkommen eine dünne Schicht mit

hohem Einkommen gegenüber. In Plauen haben 52,3 Prozent der Steuerbelasteten nur 26,9 Prozent des Gesamteinkommens, während nur 14,1 Prozent der Steuerbelasteten über 36,7 Prozent des Einkommens verfügen. Demgegenüber ist die Mittelschicht hier schmaler als in anderen Großstädten. Dieselben Verhältnisse sind in M.Glabbad, wo ebenfalls die Textilindustrie zu Hause ist, anzutreffen. Jedoch ist die Einkommensentwicklung in Ludwigshafen und Karlsruhe, die einen außerordentlich hohen Durchschnitt erreichen, gleichmäßig ansteigend. Hier ist die Zahl der geringen Einkommensbezieher verhältnismäßig klein gegenüber denjenigen Gruppen, die über 1500 RM, vor allem aber auch über 3000 RM jährlich verdienen. Ludwigshafen erreicht mit 10,5 Prozent der Steuerpflichtigen, die über 5000 RM verdienen und über 25 Prozent des Gesamteinkommens verfügen, den höchsten Stand. In Berlin liegt das Schwergewicht bei der Gruppe über 1500 bis 3000 RM, aber auch die Zahl der kleinsten Einkommensbezieher, die nur bis zu 1500 RM verdienen, ist hier sehr groß.

Natürlich sind die Steuerätze in den Städten, die die höchsten Durchschnittseinkommen aufweisen, auch am höchsten, weil die Freigrenze bei hohem Einkommen sich nicht mehr in demselben Verhältnis auswirkt. Aber diese Durchschnittszahlen lassen nicht etwa auf Wohlstand der gesamten Arbeitnehmerschaft schließen, da sehr oft eine geringe Zahl hochbesoldeter Lohnsteuerpflichtiger den gesamten Durchschnitt in die Höhe drückt. In Plauen stellt sich der Durchschnittsteuerbetrag auf den Steuerpflichtigen auf 84 RM, während in Hindenburg nur 66 RM festgestellt werden. Dabei ist ohne Zweifel in Plauen die Mehrzahl der Arbeitnehmer, wie aus den anderen Ergebnissen hervorgeht, außerordentlich schlecht bezahlt, während eine kleine Oberschicht hohe Einkommen bezieht. In Berlin kommen auf den Kopf des Steuerpflichtigen 113 RM jährlich, während der Reichsdurchschnitt 89 RM, und der Durchschnitt für die Großstädte 107 RM beträgt.

Da diese Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik bis jetzt nur für die beiden Jahre 1926 und 1928 vorliegen, die ohne weiteres nicht miteinander vergleichbar sind, können Rückschlüsse auf die gegenwärtige Lage nicht gezogen werden. Die Verhältnisse haben sich seit einem Jahre so geändert, daß die viele Arbeit, die sich das Statistische Reichsamt mit den Untersuchungen gemacht hat, etwas entwertet wird, da wir mit den Zahlen nicht mehr viel anfangen können. Aber es dürfte doch feststehen, daß infolge der außerordentlich schlechten Wirtschaftslage die Zahl der Unbesteuerten in der letzten Zeit sich wieder nach oben bewegt und entsprechend die Zahl der Steuerbelasteten zurückgeht.

## Tatsachen gegen Verdrehungen.

„Ein christlicher Werber für Lohnabbau“. Unter dieser Überschrift bringt der Gauleiter Wöckel des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Nürnberg in Nr. 27 der „Holzarbeiterzeitung“ einen Artikel, in dem behauptet wird, ich hätte mit den Sägewerksbesitzern in Dohensstraße, Waidhaus, Eslarn und anderen Orten der östlichen Oberpfalz vereinbart, daß sie nur die Löhne der Ortsklasse 5 zu zahlen brauchten, statt der zuständigen Ortsklasse 4 und hätte dadurch die Arbeiter in diesen Orten um 7 Pf. Lohn pro Stunde gebracht. Ich wäre weiter auf Veranlassung des Sägewerksbesitzers Ach nach Dohensstraße gefahren, hätte dort mit Hilfe des Herrn Ach die Arbeiter organisiert und zum Dank dafür mit ihm vereinbart, daß auch er nur die 5. Ortsklasse zu zahlen brauche. Zum Schlusse heißt es dann, daß die dortigen Arbeitgeber im christlichen Holzarbeiterverband ihren Büttel erblickten, den sie als Sturmbock gegen den Deutschen Holzarbeiterverband zur Durchbrechung der von den Christlichen selbst unterzeichneten Tarifverträge gebrauchen könnten. Dieselben Behauptungen waren in einem Rundschreiben aufgestellt, das von der Gauleitung des Deutschen Holzarbeiterverbandes unter dem 19. Juni an sämtliche Sägearbeiter in Dohensstraße verschickt wurde.

Im Laufe der Jahre ist mir manches Geschreibsel der „Holzarbeiterzeitung“ zu Gesicht gekommen, wo es mit der Wahrheit nicht ganz gestimmt hat. Aber dieser Artikel und das Rundschreiben selbst stellen doch das Höchste dar, was auf dem Gebiet jemals an Verdrehungen und Verleumdungen geleistet wurde. Der „Holzarbeiterzeitung“ ist eine entsprechende Berichtigung zugegangen. Da ich aber aus langjähriger Erfahrung weiß, daß bei derartigen Dingen immer etwas hängen bleibt, sehe ich mich gezwungen, näher auf

die Einzelheiten einzugehen, um unseren Kollegen Material an die Hand zu geben, weil versucht worden ist, diese Schreiberei in der Agitation gegen unseren Verband auszunutzen.

Bei Abschluß der ersten Lohnvereinbarung für das bayerische Sägewerbe im Jahre 1917, der vom Deutschen Holzarbeiterverband allein erfolgte, weil die Funktionäre unseres Verbandes alle zum Heeresdienst eingezogen waren, ist die Ortsklasseneinteilung für die Oberpfalz im Gegensatz zu allen anderen bayerischen Kreisen sehr ungünstig ausgefallen. Nur 4 Orte, nämlich Regensburg, Amberg, Neumarkt und Sulzbach, sowie die 3 Bezirksämter Regensburg, Stadtmhof und Amberg waren in eine höhere Ortsklasse eingereiht. Alle übrigen Orte und Bezirke der Oberpfalz waren von den Genossen der Ortsklasse 5 zugeteilt, wohl deshalb, weil die „Christlichen“ dort Mitglieder hatten. Bei der Erneuerung dieses Lohnabkommens konnte man uns dann nicht mehr ausschalten, und von dieser Zeit an sind von unserm Verband bei den zuständigen Stellen ununterbrochen Anträge gestellt worden, um in der Ortsklasseneinteilung der Oberpfalz Verbesserungen zu erzielen. Aber erst der Tarifvertrag vom Jahre 1922 und der Vertrag von 1924 brachte für die Oberpfalz eine einigermaßen befriedigende und gerechte Ortsklasseneinteilung. In dem Tarifvertrag vom Jahre 1924, der jetzt noch Geltung hat, waren die Sägewerke, die an der Bahnstrecke Weiden—Eslarn liegen, ohne Ausnahme in die 4. Ortsklasse eingereiht. Kurz nach Abschluß des Vertrages vom Jahre 1924 stellte der Arbeitgeberverband bayerischer Sägewerke bei der Zentralschlichtungskommission den Antrag, die Orte Tirschenreuth und Windischeschenbach, die in Ortsklasse 3 eingereiht waren, nach der 4. Klasse und der Ort Waldthurn, der ebenfalls an der Bahnstrecke

Weiden—Eslarn liegt, und in dem sich das größte und leistungsfähigste Werk der ganzen Gegend befindet, von Ortsklasse 4 in Ortsklasse 5 zu versetzen. Der Antrag wurde von dem Arbeitgeberverband wohl deshalb eingebracht, weil dieser in der ganzen Gegend nur noch in diesen Orten Mitglieder hatte. Die Belegschaft in diesen 3 Orten war fast restlos in unserem Verbands organisiert, ein Bruchteil gehörte in Windischschnebach und Tirscheneuth dem Deutschen Holzarbeiterverband an.

Bei den Verhandlungen darüber in der Zentralschlichtungskommission war der Vertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes vollständig passiv. Er überließ die Abwehr dieser Anträge den Vertretern unseres Verbandes allein. Der Vorsitzende der Zentralschlichtungskommission, der als Vertrauensmann der freien Gewerkschaften im Sozialministerium und gleichzeitig Mitglied des freien Metallarbeiterverbandes war, entschied, trotzdem nach dem Tarifvertrag gar keine Handhabe dazu gegeben war, daß die Orte Tirscheneuth, Windischschnebach nach Ortsklasse 4 und der Ort Waldthurn nach Ortsklasse 5 versetzt wurde. Durch diese Versetzung war die ganze Ortsklasseneinteilung der dortigen Gegend durchbrochen. In Windischschnebach und Tirscheneuth war es uns bei Ablauf der seinerzeit geltenden Lohnvereinbarung durch Streik möglich, die Ortsklasse 3 wieder zu erkämpfen, in Waldthurn war dieses nicht mehr möglich, weil die gesamte Belegschaft inzwischen unter dem wirtschaftlichen Druck des Arbeitgebers, aus unserem Verband ausgetreten war. Die Arbeiter in Dohenstrauß waren schon 1923 aus dem Verbands ausgetreten. Lediglich einige Arbeiter in Waidhaus haben die Zahlstelle aufrechterhalten. Der größte Teil auch dieser Belegschaft war nicht mehr organisiert.

Diese Situation nutzten die Arbeitgeber aus und setzten die Löhne noch weit unter den zuständigen Lohn der 5. Ortsklasse herunter. So wurde lange Zeit, trotzdem der Tariflohn in der 5. Ortsklasse zirka 50 Pf. betrug, in diesen Werken nur 30 bis 35 Pf. pro Stunde bezahlt.

Da auch die übrigen Sägewerksbesitzer der Oberpfalz erklärten, die Tarife nicht mehr einhalten zu können, wenn es nicht möglich wäre, die Löhne in den Werken an der Bahnstrecke Weiden—Eslarn herunterzusetzen, versuchte im Jahre 1926 der seinerzeit in Weiden bei unserem Verband angestellte Kollege Gruber, die in Frage kommenden Firmen vor den Schlichtungsausschuß zu zitieren, um wenigstens auf diese Art und Weise mit den Firmen zu Verhandlungen zu kommen und sie zu bewegen, die derzeitigen niedrigen Löhne zu erhöhen. Vom Schlichtungsausschuß wurde dann der Vorschlag gemacht, daß die in Frage kommenden Werke die Löhne der 5. Ortsklasse zahlen sollen. Diese Regelung ist aber von unserem Verband nicht anerkannt worden.

Wiederholt wurde in den letzten Jahren versucht, die Arbeiter in der dortigen Gegend zu gewinnen. Es war aber nicht möglich, weil die Leute Angst vor Entlassung hatten, wenn sie unserem Verbands beitreten würden. Nur in einem Werk in Waidhaus konnte im letzten Sommer die Belegschaft restlos organisiert werden. Die Durchführung der Löhne der 4. Ortsklasse in diesem Betrieb war nicht möglich, weil die vor Waidhaus liegenden größeren Orte, wie Waldthurn, Dohenstrauß, Pleystein, längst nicht mal die Löhne der 5. Ortsklasse zahlten. Dazu war in Waidhaus noch ein Betrieb vorhanden, der größtenteils böhmische Arbeiter beschäftigte und nur 35 Pf. Stundenlohn bezahlte. In diesem Betrieb konnten wir die dort beschäftigten deutschen Arbeiter organisieren (die böhmischen Kollegen waren nicht zu bewegen dem Verbands beizutreten). Als wir dort die Erhöhung der Löhne forderten, wurden die deutschen Arbeiter entlassen und böhmische dafür eingestellt.

In dem einige Kilometer von Waidhaus entfernten Eslarn, wo ebenfalls 3 Betriebe sind, wurden im letzten Jahr noch 40 Pf. Stundenlohn bezahlt. Es gelang uns, die Leute in einer Versammlung zusammenzubringen und sie zu veranlassen, die Aufnahmscheine auszufüllen. Als die Arbeitgeber davon erfuhren, wurde den Leuten erklärt, daß die Betriebe sofort stillgelegt würden, wenn sie in unserem Verbands blieben. Würden sie aber wieder austreten, dann würde der Lohn sofort um 10 Pf. pro Stunde erhöht und sie könnten weiter arbeiten. Die Leute waren mit der Erhöhung des Lohnes um 10 Pf. einverstanden und lehnten jede weitere Beitragszahlung im Verbands ab. Derartige Schwierigkeiten hatten wir in fast allen Betrieben der dortigen Gegend, und mit solchen Arbeitgebern sollen wir die 5. Ortsklasse vereinbart, die Arbeiter um 7 Pfennige pro Stunde gebracht haben und gleichzeitig noch als Büttel gegen den Deutschen Holzarbeiterverband dienen? Derartige Dinge kann nur einer schreiben, der von den organisatorischen Schwierigkeiten in der Oberpfalz sehr wenig Ahnung hat.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 29. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 13. bis 19. Juli 1930 fällig.

**Achtung! Quartalschluß!** Die unverzügliche Fertigstellung der Abrechnung ist sofort vorzunehmen. Die Zahlstellenverwaltungen beweisen durch schnelle Erledigung, daß die Zahlstellengeschäfte in Ordnung sind.

**Teilzahlungen an die Hauptkasse** sind regelmäßig zu leisten. Die Zahlstellenkassierer müssen den Beitragseinzug und Geschäftsabwicklung so einrichten, daß möglichst wenig Bargeld am Orte verbleibt. Bei peinlich genauer Anwendung der ergangenen Anweisungen schützen Kassierer und Vertrauensleute sich und den Verband vor Verlusten. Darum: Teilzahlungen!

### Verlorene Bücher.

Nr. 266 338, Johann Schmidt; Nr. 282 943, Anton Henke; Nr. 299 973, Heinrich Schweigert; Nr. 297 611, Willi Klingelstein; Nr. A 2811, Johann Küfner; Nr. 316 195, Willi Weinholz; Nr. 254 837, Michael Stenger.

Diese Bücher sind für ungültig erklärt.

Nun zu den Vorgängen in Dohenstrauß. Dort waren von der Firma Ach im vergangenen Jahr zwei Arbeiter entlassen worden. Davon hatte der Deutsche Holzarbeiterverband Kenntnis erhalten und klagte für die entlassenen Arbeiter die Differenz zwischen den bezahlten Lohn und dem Tariflohn der 4. Ortsklasse ein. Wie nicht anders zu erwarten war, wurde die Firma verurteilt, die Differenz nachzubezahlen.

Von diesem Vorfall erhielt ich Kenntnis von unserem früheren Vorsitzenden, gleichzeitig mit der Mitteilung, daß jetzt der Zeitpunkt günstig wäre, die Kollegen wieder für den Verband zu gewinnen. Selbstverständlich habe ich dort eine Versammlung abgehalten und die Arbeiter der Firma Ach in den Verband aufgenommen. Anschließend daran auch mit der Firma verhandelt. Daß es bei diesen ersten Verhandlungen nicht möglich war, sofort den Lohn der 4. Ortsklasse zu bekommen, ist für jeden, der die Verhältnisse in der dortigen Gegend kennt, klar. Aber der Firma wurden keine Zweifel darüber gelassen, daß sie verpflichtet ist, den Lohn der 4. Ortsklasse zu zahlen und daß derselbe jederzeit nachträglich eingeklagt werden kann.

Das ist das ganze Verbrechen, das ich begangen habe. Alles andere, was M. behauptet, ist Ausgeburt seiner blühenden Phantasie. Weder die Firma Ach hat in all den Jahren von unserem Verbands Lohnvereinbarungen erhalten, noch haben sonstige Verhandlungen mit anderen Firmen der dortigen Gegend stattgefunden. Hätte ich die Kollegen in Dohenstrauß nicht in unserem Verbands aufgenommen, dann wäre alles in Ordnung. Nun, nachdem die Felle davongeschwommen sind, schreit er von Lohnabbau der Christlichen, vom Büttel der Arbeitgeber usw.

Wenn M. glaubt, mit derartigen Mitteln den Kampf gegen uns führen zu können, so soll er es ruhig tun. Wir nehmen denselben sehr gerne auf. Unser Verband wird sicherlich nicht den kürzeren dabei ziehen. Mit dem, was von unserem Verbands, gerade für die Säger in der Oberpfalz, geleistet ist, können wir uns sehen lassen. Daran ändert auch Geschmiere solcher Leute nichts, die sachlich noch nichts für die Holzarbeiter der Oberpfalz geleistet haben, aber diesen Mangel durch demagogische Hezereien zu verdecken suchen. H. E.

## Rundschau.

**Der Evangelische Kirchentag zur Arbeitslosigkeit.** Der Deutsche Evangelische Kirchentag als parlamentarische Gesamtvertretung aller deutschen evangelischen Landeskirchen hat im letzten Jahrzehnt mehrfach große Kundgebungen erlassen, von denen die soziale Botenschaft (Bethel 1924) noch in besonders guter Erinnerung ist. Auch die Entschließung des Betheler Kirchentages zur Sonntagsruhe in Hochofen- und Kokereibetrieben gegen das Dommeldinger System, sowie die 1927 in Königsberg gefaßten Entschließungen zur Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, in Bäcker- und Konditoreibetrieben

(Fortsetzung Seite 231)

# Berufsecke für Arbeiter in Säge-, Hobel- und Furnierwerken

## Zur Lage der Sperrholzindustrie.

Sperrholz hat in der Nachkriegszeit als Werkstoff steigende Bedeutung gewonnen. Nach anfänglich sehr guter Entwicklung der Industrie ist eine rückläufige Bewegung eingetreten, deren Ursache nicht allein in der wirtschaftlichen Depression zu suchen ist. Welche Gründe dafür maßgeblich sind, erfährt man aus einem Bericht, der gelegentlich der Generalversammlung der „Industrie für Holzverwertung A.-G. Essen“ von dem Vorstand derselben, Direktor Hammers, gehalten wurde. Nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 31. Mai führte derselbe aus:

„... daß die schon um die Jahreswende 1928/1929 wenig befriedigende Lage der Sperrholzindustrie sich im Laufe des letzten Geschäftsjahres und während der ersten Monate 1930 keineswegs günstiger gestaltet habe. Das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage habe vielmehr eine weitere Verschärfung erfahren, denn durch die Inbetriebnahme mehrerer neuer Fabriken sei die Produktion noch über den Vorjahrsstand hinaus gestiegen, während sich der Bedarf infolge des daniederliegenden Baumarktes und der schwachen Beschäftigung der Möbelindustrie unter das normale Maß verringert habe. Die rückläufige Konjunktur im Verein mit der unzweifelhaft vorhandenen Überproduktion hätten einen starken Druck auf die Verkaufspreise ausgeübt. Die Rohmaterialpreise hätten sich der rückläufigen Konjunktur bisher noch nicht angepaßt, so daß die Industrie auch von dieser Seite her die Ungunst der Marktlage allein zu tragen habe. Erst in den letzten Wochen mache sich hier und da ein Nachgeben der Einkaufspreise bemerkbar, doch stehe die eingetretene Verbilligung noch in keinem Verhältnis zu dem Rückgang der Verkaufserlöse für das Fertigfabrikat.

Trotz der Schwierigkeiten, mit denen die gesamte Sperrholzindustrie zu kämpfen habe, werde von außenstehender, aber interessierter Seite versucht, die Lage als gar nicht so ungünstig hinzustellen. Zum Beweis werden die durch Schätzung ermittelten Produktionsziffern der ebenfalls geschätzten Kapazität der Sperrholzindustrie gegenübergestellt, um aus der sich hierbei ergebenden geringen Spanne auf eine befriedigende Entwicklung zu schließen. Wenn die aus diesen Zahlen entnommenen Folgerungen vielleicht für eine wohlorganisierte Industrie, deren Produktion von einer zentralen Stelle aus jeweils der Marktlage angepaßt werde, Geltung beanspruchen könnten, so doch keineswegs für die Sperrholzindustrie, die sich aus einer großen Zahl gänzlich unabhängiger Werke zusammensetze. Bereits bei einer früheren Gelegenheit sei ein Vergleich zwischen Kunstseide und Sperrholz gezogen worden, weil die junge Sperrholzindustrie damals in der Holzbranche etwa das gleiche Interesse in Anspruch nahm, wie es sich in der Gesamtwirtschaft der Kunstseide zuwandte. Auch die neue ungünstige Entwicklung wirke sich in den beiden Branchen in ähnlicher Weise aus, so daß man versucht sein könnte, die laienhafte Überschätzung der Lage und der Aussichten der Sperrholzfabriken als für eine junge Industrie eigentümlich anzusehen. Nur habe die Kunstseide als Großindustrie für sich, daß die Aktiennotierungen auch dem Laien in bereiteter Sprache die tatsächlichen Verhältnisse vor Augen führten, während über die auf einem kleinen Sondergebiet arbeitende Sperrholzindustrie nach wie vor legendäre Vorstellungen verbreitet seien.

Wolle man schon ein zutreffendes Bild von der Lage der Sperrholzindustrie gewinnen, so wäre die geeignete Unterlage einzig und allein die Summe der Jahresergebnisse der verschiedenen Unternehmen. Jegliche Auseinandersetzung über die Kapazität und ihre Ausnutzung erscheine bei der mangelnden Organisation der Produktion jedenfalls müßig, denn jedes Werk suche sich den größtmöglichen Teil des verringerten Bedarfs zu sichern, um Betriebseinschränkungen mit Rücksicht auf die fortlaufenden Unkosten zu vermeiden. Wenn der zur Deckung der Unkosten notwendige Umsatz zu den der Wirtschaftslage entsprechenden Preisen nicht erzielt werden könne, so werde vielfach nicht etwa die Produktion eingeschränkt, sondern der Verkaufspreis herabgesetzt. Nur wenige Fabriken hätten sich dieser Politik bis jetzt noch widerlegt. Nicht zuletzt habe diese Nachgiebigkeit der Preise zu der weit verbreiteten Ansicht von der befriedigenden Lage der

Sperrholzindustrie beigetragen und auch in den allerletzten Monaten wieder zu Neugründungen angeregt. Eine Zusammenstellung der Jahresergebnisse würde demgegenüber zeigen, daß allein bei einigen wenigen in letzter Zeit stillgelegten oder sanierten Unternehmen mehr Geld verloren worden sei, als sämtliche übrigen Werke in der gleichen Zeit an Gewinn abgeworfen hätten. Die Uneinheitlichkeit und mangelnde Widerstandskraft der Verkaufspreise sei im übrigen ein Beweis dafür, daß in der Sperrholzbranche ebenso wie in einem großen Teil der übrigen Holzwirtschaft eine auf einwandfreien Grundlagen aufgebaute Kalkulation fehle.

Im letzten Jahr sei der Export deutscher Sperrholzplatten in das Ausland beträchtlich gestiegen. Es wäre aber verfehlt, wollte man diese Tatsache als günstiges Zeichen deuten, denn während das Ausland in den früheren Jahren nur kleine Mengen hochwertigster Platten aus Deutschland bezogen habe, habe die heimische Industrie neuerdings auch in geringeren Qualitäten zu Geschäften zu kommen versucht. Hierbei seien Preiszugeständnisse gemacht worden, wie sie auf die Dauer gar nicht durchzuhalten seien, weil sich in Deutschland wegen der hohen Löhne, der großen Unkosten und des Mangels an eigenen Rohhölzern die Herstellung dieser billigen Platten nicht rentiere, und das Ausland an deutsche Ware erfahrungsgemäß wesentlich höhere Ansprüche stelle, als z. B. gegenüber den östlichen und nordischen Ländern üblich sei. Die Hoffnung, durch billige Preisstellung sich einzuführen und später bessere Preise erzielen zu können, sei somit trügerisch und bewirke im Augenblick nichts anderes als eine nutzlose Verschleuderung deutschen Volksvermögens. Früher hätten die am Export beteiligten deutschen Fabriken auf Grund der gelieferten Qualität 20 bis 30 Prozent höhere Preise als die übrigen Ausfuhrländer erzielen können und damit annähernd den gleichen Gegenwert erreicht, wie er auch im Inland von Großabnehmern gefordert worden sei. Der gesteigerte Export des Vorjahres sei aber zum überwiegenden Teil darauf zurückzuführen, daß das niedrige Preisniveau für Auslandsware auch für die eigenen Erzeugnisse akzeptiert wurde, um Absatz für die Überproduktion zu schaffen. Durch dieses Vorgehen sei auch der Ruf der bisher wirklich führenden deutschen Qualitätsplatten stark beeinträchtigt worden mit dem Erfolg, daß selbst der Markt für solche Platten, für die Deutschland eine Art Monopolstellung hatte, zum Teil an fremde Industrien verlorenging oder aber sich zum mindesten unerträgliche Preisherabsetzungen habe gefallen lassen müssen.“

Man erfährt hier sehr interessante Tatsachen, die von den Unternehmern meist bestritten, hier aber von einem der Ihrigen bestätigt werden. Übersteigerte Kapazität, infolgedessen mangelhafte Ausnutzung der Werke ist ebenso sehr schuld an der schlechten Wirtschaftslage der Sperrholzwerke wie eine verkehrte Preispolitik und Qualitätsmangel. Sonst aber heißt es immer wieder: Die Löhne und soziale »Lasten«!

## Umfang und Ertrag des deutschen Waldes.

Die deutsche forstwirtschaftliche Nutzungsfäche hat sich gegenüber der Vorkriegszeit vergrößert. Die Holzbodenfläche stieg von insgesamt 12 634 700 Hektar auf 12 654 200 Hektar. Die Laubholzbestände nahmen allerdings um 145 000 Hektar ab. Sie fielen von 3 789 000 auf 3 644 000 Hektar, und zwar hauptsächlich durch die Minderung des Rotbuchenbestandes, der um 45 000 Hektar auf 1 671 500 Hektar fiel, weiterhin durch die Abnahme des Birkenbestandes von 342 000 Hektar auf 307 000 Hektar und des Eichenhäufwäldes um 50 000 Hektar auf 232 000 Hektar. Die Weidenbestände verminderten sich sogar um nahezu die Hälfte. Die Weideheger nehmen zurzeit nur noch eine Fläche von 10 000 Hektar ein. Der Eichenbestand hat sich dagegen um nahezu 30 000 Hektar auf 665 500 Hektar vergrößert.

Die Nadelholzbestände nahmen um 165 000 Hektar zu. Zwar sind die Kiefernwälder um 1000 Hektar auf 5 525 200 Hektar gesunken. Sie übertreffen jedoch die gesamte deutsche Nutzungsfäche an Laubholz um nahezu zwei Millionen Hektar, während die Bestände an Fichten (Rottannen) 1927 mit einer Nutzungsfäche von

3 110 000 Hektar nahezu den Gesamtumfang der Laubholzbestände erreichen. Die Fichtenwäldungen haben sich gegenüber der Vorkriegszeit um 150 000 Hektar vergrößert. Der Bestand an Färchenwäldungen nimmt langsam ab. Er beträgt heute rund 27 000 Hektar.

Der jährliche Holztertrag, insbesondere an Nutzholz, ist gegenüber der Vorkriegszeit um rund 650 000 Doppelzentner gefallen.

(Fortsetzung von Seite 229)

und in der Landwirtschaft haben seinerzeit weitgehende Beachtung gefunden. Als nunmehr der Kirchentag Ende Juni 1930 in Nürnberg versammelt war, wurde in seinem sozialen Ausschuß als aktuelles Problem die Arbeitslosigkeit mit ihren sittlichen Gefahren und seelischen Nöten eingehend erörtert, worauf die Vollversammlung folgende Entscheidung annahm:

„Mit ernster Sorge sieht der Deutsche Evangelische Kirchentag die wachsenden wirtschaftlichen Nöte des deutschen Volkes, insbesondere die Massenarbeitslosigkeit. Da diese wirtschaftlichen Nöte große seelische Not und sittliche Gefahren für unser Volksleben mit sich bringen, sieht sich der Kirchentag verpflichtet, mit allem Ernst von den verantwortlichen Stellen in Reich und Ländern zu verlangen, daß zur Behebung dieser Not das äußerste getan wird, insbesondere zur Beschaffung von Arbeit. Der Kirchentag gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sich in ernster gemeinsamer Arbeit um Lösung dieser Lebensfrage bemühen.“

Der Kirchentag legt allen Gliedern der evangelischen Kirche mit erstem Nachdruck die sittliche Verpflichtung nahe, die notwendigen Opfer zu bringen, um die darbenenden Volksgenossen durch diese Notzeit hindurchzubringen. Dazu gehört auch, daß das ganze deutsche Volk sich eine Vereinfachung der Lebensführung auferlegen muß. Die Führer des Volkes müssen dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Unnötiger Aufwand muß in persönlichen und öffentlichen Leben verschwinden und äußerste Sparsamkeit an seine Stelle treten.

Unsern Gemeinden und ihren Gliedern wird ans Herz gelegt, aller Lieblosen und unberechtigten Kritik an den Opfern der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, denen es nicht an Willen zur Arbeit mangelt, sondern an der Arbeitsmöglichkeit und Arbeitsgelegenheit. Den arbeitslosen Volksgenossen bringt der Kirchentag sein tiefes Mitgefühl für ihre Notlage entgegen in der festen Zuversicht, daß gegen Verzweiflung und Verbitterung die Kräfte des Evangeliums sich mächtig erweisen werden.“

K. D u d e n - D u i s b u r g.

**Konjunktur und Finanzpolitik.** Das Bestreben, die internationale Wirtschaftsdpression durch weitgehende Verbilligung des Geldes zu bekämpfen und der Wirtschaft von der Geldseite her einen Auftrieb zu geben, findet, wie die Commerz- und Privatbank in ihrem letzten Wirtschaftsbericht schreibt, in der Politik der Notenbanken seinen Ausdruck, ohne indes bisher von dem erwünschten Erfolg begleitet zu sein. Solange die Revolutionierung des Preisniveaus — insbesondere der Rohstoffe — anhält, dürfte auch die Basis noch kaum gefunden sein, auf der sich neue und nachhaltige Unternehmungskraft zu entfalten vermag. Der Monat Juni hat an den Weltrohstoffmärkten wiederum außerordentlich starke Erschütterungen gezeitigt. Der Umstand, daß in einer Zeit, wo der internationale Warenaustausch schon an und für sich eine außerordentliche Krise durchzumachen hat, die Vereinigten Staaten den Welthandel durch einen überspannten Zolltarif weiter in empfindlicher Weise beeinträchtigen, hat die herrschende Beunruhigung noch beträchtlich vergrößert. Im übrigen hat die Anpassung der allgemeinen Lebenskosten an das gefallene Preisniveau der Rohstoffmärkte nur verhältnismäßig sehr geringe Fortschritte zu verzeichnen, ja, es sind sogar vielfach Kräfte am Werke, entgegengesetzte Tendenzen zu fördern.

Für die deutsche Wirtschaft stellt der ständig wachsende Bedarf der öffentlichen Hand eine sich fortlaufend verstärkende Gefahr dar. Sich ständig häufende steuerliche Lasten müssen die Kaufkraft weiterhin schmälern, die Kapitalbildung hemmen und wiederum konjunkturmindernd wirken. Eine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Depression muß hierdurch illusorisch werden. Eine derartige Politik wird zwangsläufig in kurzer Frist wieder neue Steigerungen des öffentlichen Bedarfs infolge Einnahmeausfalles und Mehraufwand für die Unterstützung der Erwerbslosen usw. bedingen. Es erscheint auch in höchstem Maße abwegig, einen Abbau

Der Ertrag von Stock- und Reisholz einschließlich Nutzreisig liegt sogar um 1 900 000 Festmeter unter dem Ertrag von 1913. Die gesamte Holzgewinnung belief sich im Wirtschaftsjahr 1926/27 auf rund 49,64 Millionen Festmeter. Davon entfiel nahezu die Hälfte (24,94 Millionen Festmeter) auf Nutzholz, ein Drittel auf Brennholz und 15 Prozent auf Stock- und Reisigholz.

der Preise, Gehälter und Löhne erzielen zu wollen, wenn man gleichzeitig bestrebt ist, durch Erhöhung der Tarife, der Grundvermögenssteuer und eine weitere Anspannung der öffentlichen Lasten überhaupt das Einkommen der Bevölkerung zu schmälern. Nur die Durchführung eines großzügigen Reformprogramms vermag der gegenwärtigen Lage Rechnung zu tragen und zu verhindern, daß sich die herrschende Krise in Kürze noch wesentlich verschlimmert. Ist erst eine Sanierung der öffentlichen Finanzwirtschaft erfolgt, so wird sich dadurch automatisch ein erhöhtes Vertrauen ergeben, und sich neue Unternehmungslust in Deutschland zu entwickeln vermögen. Solange das Vertrauen nicht hergestellt ist, werden künstliche Ankurbelungsversuche auch wenig Nutzen bringen können.

**Die Lage der Weltwirtschaft** behandelt Professor Fisher von der Yale-Universität U.S.A. in der Kölnischen Volkszeitung und sagt dort folgendes: Die Zahl der Arbeitslosen in England wird auf rund 1 800 000 geschätzt; und in der Stahl- und Eisenindustrie erfolgen immer weitere Produktions-Einschränkungen. Die Schlüssel-Industrien Frankreichs, das bisher wirtschaftlichen Fortschritt verzeichnete, haben nunmehr ihre Produktion ebenfalls schon verringert. Deutschland versucht durch gleichzeitige Preis- und Lohnherabsetzungen die Ausfuhrfähigkeit der deutschen Ware zu bessern. In Italien ist ebenfalls eine Verringerung der Eisen- und Stahlproduktion zu verzeichnen. Die Lage der Schweizer Uhrenindustrie ist ungünstig; die schwedische Holzindustrie wird von der verringerten Verbrauchsfähigkeit Englands schwer betroffen. In der Tschechoslowakei ist die Zahl der Arbeitslosen ebenfalls im Steigen begriffen; die Textilindustrie stagniert, und die industrielle Depression in Österreich dauert fort. So wie in Europa, ist es auch in Argentinien, Brasilien, Indien und Australien.

Wir stehen einer die ganze Wirtschaft umfassenden Depression gegenüber, gekennzeichnet durch: Fallen der Warenpreise, große Vorräte, steigende Arbeitslosigkeit und verminderte Kaufkraft der Massen. Auch die Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten bildet hierunter keine Ausnahme. Die niedrigen Weizenpreise, die verringerte Kaufkraft der Bevölkerung zeigen dies klar und erklären auch die Verringerung der Umsatzfähigkeit der amerikanischen Produktions-Unternehmungen, die, wie eine von der National City Bank für 300 verschiedenen Industriezweigen angehörenden Unternehmungen durchgeführte Berechnung zeigt, im ersten Vierteljahr 1930 mit durchschnittlich mehr als 200 Prozent unter der des Vorjahres blieb.

In den vergangenen sieben Jahren gab es — beurteilt nach der Steigerung des durchschnittlichen Realeinkommens der Gesamtbevölkerung — ein beispielloses Emporblühen in den Vereinigten Staaten. Die enormen Goldvorräte ermöglichten unter der Führung des Federal Reserve-Systems eine freigütige Kreditpolitik im Interesse der Preisstabilisierung und industrieller Ausdehnung. In Europa war jedoch die Lage anders. Bis in das Jahr 1928 haben die amerikanischen Kapitalisten ihr Geld an Europa geliehen; und, so lange Europa, Kanada und Südamerika genügend Kapital von den Vereinigten Staaten borgen konnten, war scheinbar alles in Ordnung. Es wurde kaum bemerkt, daß die sehr rasche Wertsteigerung des Dollars um mehr als ein Drittel während der Deflationsperiode 1920/21 die europäische Schuldenlast dementsprechend erhöhte; denn bei nachträglichen Revisionen wurde dieser Ungerechtigkeit durch Herabsetzung der ursprünglich festgesetzten Höhe der Alliierten-Schulden Rechnung getragen. Aber die enorme Menge der öffentlichen und privaten Anleihen, die in den letzten Jahren die Summe von 25 Milliarden Dollar erreichte, steht voll und ganz unter dem Einfluß einer 13prozentigen Wertsteigerung des Dollars binnen der letztverfloffenen zwölf Monate.

Des weiteren ist die Versteifung der internationalen Kapitalmärkte in den Jahren 1928 und 1929 in Betracht zu ziehen. Beides bewirkte, wie Sir Josiah Stamp anlässlich seines jüngsten Besuches in den Vereinigten Staaten ausführte, daß die Geldwerte von neuem unstabil wurden, die Vorräte der Welt an monetärem Gold (an

dem Verkehr der Zahlungsmittel irgendwie dienendem Gold) sich als ungenügend erwiesen und daß diese ungünstigen Umstände in der kräftigen Entwicklung der Welt-Warenmärkte in die Erscheinung traten. Die Steigerung der Kaufkraft des Dollars hat dementsprechend die Zinszahlungen des ausländischen Schuldners der Vereinigten Staaten bedeutend erschwert. Parallel mit diesen Erscheinungen, und teilweise als deren Ursache, sind auch die ständig höher steigenden nationalen Schutzollmauern in Betracht zu ziehen. Der Schutzollkrieg, um nur auf seine jüngste Entwicklungsstufe, die neue amerikanische Tarif-Bill zu verweisen, führte schließlich zu den unabwendbaren Folgerungen der ungünstigen Lage am Kreditmarkt und zu der Weltmarktkrise.

Dieses ungünstige Bild bietet sich jedoch nicht ohne jegliche Grundlage zur Hoffnung auf Besserung dar. Wir haben sogar drei bestimmte Ausgangspunkte, von denen sich der Weg zu einem neuen Konjunkturaufschwung, d. h. zu einer neuen wirtschaftlichen Blüte in der Welt bahnen ließe. Ich möchte in erster Reihe auf den Plan des Herrn Briand verweisen, der eine wirtschaftliche Zusammenfassung der europäischen Staaten mit entsprechenden Zollvereinbarungen bezweckt, die im Endergebnis zu einem Frieden, zum von Zollschranken unbehinderten Handelsverkehr der beteiligten Nationen führen sollten, so wie es zwischen den 48 Mitgliedern der amerikanischen Union schon der Fall ist. Der zweite Ausgangspunkt ist die Bank für Internationale Zahlungen, die schon durch ihre jetzige Tätigkeit bedeutend zu dem Wiederaufschwung des internationalen Handelsverkehrs beiträgt und durch die hierdurch gegebene Möglichkeit einer wirtschaftlicheren Verwendung der monetären Goldvorräte der Welt die industrielle Entwicklung der Nationen bedeutend fördern kann. Schließlich ist noch als sehr wichtiger Faktor für einen Wiederaufschwung der weltwirtschaftlichen Konjunktur die sich seit den letzten verfloßenen Jahren immer enger gestaltende Zusammenarbeit der Notenbanken zu erwähnen im Interesse einer unter gemeinsamen Gesichtspunkten geleiteten Diskontopolitik und einer zielbewußten Beeinflussung der internationalen Geldmärkte, entsprechend dem Bedarf von Industrie und Handel. Diese Zusammenarbeit wird sehr große Bedeutung erlangen, sobald wie sich die Weltwirtschaft infolge einer Verknappung der Warenvorräte dem Endpunkt der gegenwärtigen Depressionsperiode nähert. Dieser Zeitpunkt dürfte nicht mehr allzu fern entfernt sein.

**Was der deutsche Staatsbürger an Verbrauchssteuern und Zöllen bezahlt.** Im Rechnungsjahre 1928/29 entfielen auf den Kopf der Bevölkerung an Verbrauchssteuern und Zöllen 45,17 RM gegen 46,43 RM 1927/28, an Verbrauchssteuern allein 27,85 RM gegen 26,68 RM 1927/28. Während also die Verbrauchssteuern mehr einbrachten, ergaben die Zolleinnahmen infolge der guten inländischen Ernte und der sinkenden Konjunktur Mindereinnahmen noch über das Maß der Mehreinnahmen an Verbrauchssteuern hinaus.

Die ertragreichste deutsche Verbraucherquelle ist der Tabak. Die Tabaksteuer ergab für 1928/29 je Kopf der Bevölkerung 15,02 RM gegenüber 13,84 RM für 1927/28. Die Erhöhung der Einnahmen ist auf Steigerung des Verbrauches und Bevorzugung der besseren Qualitäten zurückzuführen. Ende 1929 setzte dann infolge der Steuererhöhung eine rückläufige Bewegung ein.

Die zweite Stelle unter den Verbrauchsabgaben nehmen die Einnahmen aus dem Verbrauch alkoholischer Getränke ein. Die Reicheinnahmen aus den Verbrauchssteuern von Bier, Branntwein, Wein und Schaumwein stiegen auf 11,85 RM je Kopf der Bevölkerung gegenüber 10,84 RM im Jahre 1928/29.

Der Ertrag der Zündwarensteuer stieg von 12,1 Millionen Reichsmark auf 13,1 Millionen Reichsmark der Leuchtmittel von 12,7 Millionen Reichsmark auf 13,7 Millionen Reichsmark, der Spiel-

karten von 2,43 Millionen Reichsmark auf 2,65 Millionen Reichsmark, des Kaffees auf 188 Millionen Reichsmark, des Tees auf 12,10 Millionen Reichsmark, des Kakaos auf 27,5 Millionen Reichsmark.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Schönlanke.** Am Sonnabend, den 5. Juli, fanden sich die Kollegen der Zahlstelle Schönlanke zahlreich ein um des Tages der Gründung vor 25 Jahren zu gedenken. Der Vorsitzende gedachte den Kollegen, die vor 25 Jahren den Mut aufbrachten, unter Einsetzung ihrer Persönlichkeit, eine Zahlstelle unseres Verbandes zu gründen. Die Entwicklung der Zahlstelle war eine gute. Der Ausgang des Krieges und die unglückliche Grenzziehung brachten große Schwierigkeiten. Unter großen Opfern ging es wieder an den Aufbau, so daß heute die Zahlstelle beachtlich und gefestigt dasteht. Die jetzige Wirtschaftskrise stellt große Anforderungen an die Kollegen. Wird doch gerade der Osten etwas stiefmütterlich behandelt. Es wird jedoch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß durch die Osthilfe des Reiches auch der Bevölkerung hier an der Grenze geholfen wird, damit die Kollegen, die jetzt an Notstandsarbeiten beschäftigt sind, wieder in ihrem Beruf Arbeit finden. Nach dem Beschluß der Versammlung wird im Monat Oktober eine Festveranstaltung stattfinden, die durch eine Kundgebung nach außen hin die Bedeutung unserer Bewegung herausstellen wird. Mit Dankesworten an alle Kollegen, die bisher treu zum Verbands gestanden haben, schritt der Vorsitzende zur Abwicklung der weiteren Tagesordnung.

**Würzburg.** Unser Kollege Eisenmann starb am 7. Juli an den Folgen eines Betriebsunfalls. Seit über 15 Jahre war er als Vertrauensmann tätig. Es war ihm stets eine Freude, als alter Kollege von 66 Jahren noch wöchentlich von Haus zu Haus die Mitglieder als Vertrauensmann zu besuchen und die Beiträge einzukassieren. Wir werden unserm lieben aktiven Verbandskollegen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

### Literarisches.

**Schrbuch für Tischler,** von Joh. Flocken und H. Walsking. 1. Teil. Verlag: Gebrüder Jänecke, Hannover. Kürzlich haben wir auf Neuerscheinungen aus dem Verlag Jänecke hingewiesen, die für Holzarbeiter besonderes Interesse beanspruchten. Ein neues handliches Werkchen — Lehrbuch für Tischler — liegt als 1. Teil vor und schließt sich bzgl. des gebiegenen Inhalts, auch durch bildliche Darstellungen, die den gebotenen Lehrstoff wirksam unterstützen, den bisher erschienenen Bändchen würdig an. Das Werkchen kann zur Anschaffung empfohlen werden. Der Preis beträgt 1,50 RM.

**Teubners Tabellenbücher.** Der Verlag Teubner (Leipzig) brachte vor kurzer Zeit ein Tabellenbuch — Holzgewerbe — heraus, welches auf knapp 90 Seiten eine außerordentliche Fülle holzgewerblicher Berechnungen bietet. Zum Gebrauch in der Praxis ist dasselbe sehr geeignet und gestattet durch den Stichwortleiter schnelles Auffinden der gesuchten Position.

Einzelgenpreis für die biergesp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengefühe und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telephonruf West 515 46. — Redaktionsschluss ff. Samstag-Mittag.  
Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

**Intarsien jeder Art**  
Katalog  
gegen 0.50 Mark in Briefmarken  
**E. Biller, Heidelberg**  
Theaterstraße 7 II

**Sprechmaschinen-Laufwerke**  
in allen Preislagen.  
Hobel



**Robert Husberg - Neuenrade** i.w. No. 9

**z. Selbst. la. Doppelschneckenfederwerk einbauen (2 Stck. 30 cm Platten spielend)** nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummünterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, la. Aluminium Mark 26.—. Versand p. Nachnahme. Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von

**Die Fachschrift**  
die jeder strebsame Tischler haben muß:  
**Handwerkskunst im Holzgewerbe**  
Bezugspreis: 2 M. vierteljährlich  
Bestell. bei Postanstalten oder direkt  
**VERLAG-KÖLN · VENLOERWALL 9**